

Haushalt 2026 – „schwierig wie nie“

Liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir beschließen heute den Haushalt 2026 der Stadt Amberg – einen Haushalt, der uns erneut vor große finanzielle und strukturelle Herausforderungen stellt. Und wir tun dies in einer Zeit, in der Funktionsfähigkeit, Verlässlichkeit und demokratische Stabilität auf kommunaler Ebene wichtiger sind denn je.

Wir haben im Pressegespräch das Bild des Sparschweins genutzt, das nun geschlachtet werden muss. Dieses Bild ist zutreffend, aber es greift zu kurz. Denn so schwer wie in diesem Jahr war die Aufstellung eines Haushalts in den vergangenen zwölf Jahren nicht: Kürzungen, Einsparungen, nicht realisierte Kostenanpassungen und das Fehlen von Puffern prägen diesen Entwurf. Es ist ein Sparhaushalt. Und er wird auch im Vollzug anspruchsvoll werden.

Trotzdem bleibt dieser Haushalt solide. Und er erlaubt es uns weiterhin, in die Zukunft Ambergs zu investieren.

Die Lage bleibt herausfordernd

Der Verwaltungshaushalt 2026 umfasst rund 183 Millionen Euro – etwa 9,5 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist jedoch nicht das Ergebnis eines starken Wachstums unserer Einnahmen.

Deutschlandweit und bayernweit steigen insbesondere:
Sozialausgaben,
Kosten für Kinder- und Jugendhilfe,
und auch Personal- und Sachkosten.

Diese Entwicklung betrifft uns in Amberg in gleichem Maße.
Entscheidend ist dabei die Dynamik: Unsere Pflichtaufgaben
wachsen deutlich schneller, als unsere Einnahmen mitwachsen.

Wir müssen feststellen:

Unsere Pflichtaufgaben lassen sich inzwischen nicht mehr aus
eigenen Mitteln finanzieren.

Das ist kein kurzfristiges konjunkturelles Problem, sondern
Ausdruck fehlender struktureller Reformen der vergangenen
Jahre. Städte, Gemeinden und Landkreise geraten bundesweit in
ähnliche Situationen. Die angekündigte Sozialstaatsreform kann
hier ein Ausweg sein – allerdings nur, wenn sie echte strukturelle
Erleichterung bringt.

Auch Entlastungen durch zentrale digitale Lösungen, die
Bündelung staatlicher Leistungen und der Abbau von Bürokratie
wären dringend nötig. Der Kommunalbereich spürt wie die
Wirtschaft, dass ständig neue Aufgaben und Berichtspflichten
Ressourcen binden, neue Beauftragte benannt werden müssen,
während strukturelle Entlastungen ausbleiben.

Trotzdem legen wir heute einen Haushalt vor, der die
Mindestanforderungen für eine Genehmigung erfüllt. Dies
verdanken wir der Finanzpolitik der vergangenen Jahre: der

konsequenteren Schuldenreduzierung und dem Aufbau von Rücklagen. Diese Vorsicht wirkt heute wie ein Schutzschild:

- Sie verhindert eine hohe Zinsbelastung in Zeiten gestiegener Marktzinsen.
- Sie verschafft uns begrenzte, aber wichtige Handlungsspielräume.
- Sie ermöglicht es, den Verwaltungshaushalt 2026 durch eine Rücklagenentnahme zu stabilisieren.

Der alte Grundsatz „**Spare in der Zeit, dann hast du in der Not**“ gilt heute mehr denn je – nur darf aus der Not kein Dauerzustand werden.

Wir erleben zudem eine erhebliche Entlastung durch den Freistaat Bayern, der höhere Schlüsselzuweisungen und Finanzhilfen bereitstellt. Dafür gilt ausdrücklich unser Dank. Gleichzeitig ist klar: Auch die Finanzen des Freistaates sind angespannt, und wir können nicht davon ausgehen, dass diese Entlastungen in gleichem Umfang wiederholbar sind.

Auch der Bund unterstützt uns durch die Investitionspauschale. Damit können Kommunen wichtige Projekte in Schulen und Infrastruktur finanzieren. Doch diese Pauschale basiert auf bundeseigenen Kreditaufnahmen – sie schafft also Spielräume, aber keine dauerhafte strukturelle Entlastung.

Kommunale Verantwortung – Investitionen ermöglichen

Gerade weil die gesamtstaatlichen Bedingungen herausfordernder werden, müssen wir auf kommunaler Ebene alles tun, um private Investitionen zu ermöglichen.

Ein zentraler Baustein bleibt die Erschließung neuer Gewerbegebiete. Der dazu nötige Mitteleinsatz ist kein Selbstzweck, sondern Investition in:

- Arbeitsplätze,
- wirtschaftliche Stärke,
- zukünftige Steuereinnahmen und auch
- die Energie- und Wärmewende.

Wer meint, Dekarbonisierung ließe sich ohne wirtschaftliche Leistungsfähigkeit finanzieren, irrt. Eine starke, innovative Wirtschaft ist Voraussetzung für Klimaschutz, soziale Sicherung und kommunale Infrastruktur.

Wir müssen jedoch auch Prioritäten setzen: Während wir Kitas, Schulen und Bildungsprojekte klar voranstellen, müssen andere Infrastrukturprojekte – wie der Paulanerplatz – leider verschoben werden. Das ist schmerzlich, aber angesichts der Lage notwendig.

Schwerpunkt: Klinikum St. Marien

Ein besonders relevanter Teil des Haushalts ist die Unterstützung unseres Klinikums St. Marien.

Wir übernehmen diese Verantwortung bewusst – für Amberg, aber auch für große Teile des Landkreises. Gleichzeitig müssen wir klar festhalten:

Die Krankenhausfinanzierung ist bundesweit strukturell unzureichend. Inflationsbedingte Kostensteigerungen wurden nicht kompensiert. Die Reformprozesse bleiben widersprüchlich und erhöhen den wirtschaftlichen Druck.

Dass aktuell sogar notwendige Ausgleichszahlungen infrage gestellt werden, erschwert die Lage zusätzlich. Auch Kommunale Krankenhäuser brauchen Verlässlichkeit.

Gerade deshalb wäre eine abgestimmte regionale Leistungsplanung sinnvoll. Umso bedauerlicher ist es, dass unsere Bemühungen um eine Kooperation mit dem Landkreis – wie sie die Reform ausdrücklich vorsieht – bislang auf Ablehnung stoßen. Ein gemeinsamer Verbund, z.B. in einem Zweckverband hätte wirtschaftliche Vorteile und würde die Versorgung sichern.

Neben einem abgestimmten Leistungsspektrum könnte der Zweckverband gemeinsame Aufgaben in den Bereichen Personal, Medizintechnik, Abrechnung und Einkauf für beide Kliniken erbringen. Beispiele aus Landshut, dem Allgäu oder anderen Regionen zeigen, wie erfolgreiche Modelle aussehen können.

Demokratie findet vor Ort statt – und sie funktioniert

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf einen für mich wichtigen Aspekt, aber nicht in den Zahlen abgebildet, möchte ich ebenfalls kurz eingehen:

Die Bürgerinnen und Bürger erleben Demokratie am unmittelbarsten vor Ort – im Stadtrat, im Rathaus, in unseren Entscheidungen. Sie sehen, wie wir mit öffentlichen Mitteln umgehen, wie wir diskutieren und wie wir gemeinsam Lösungen erarbeiten. Unsere Haushaltsberatung ist das beste Beispiel dafür.

Die Bayerische Verfassung formuliert klar:

„Die kommunale Selbstverwaltung dient dem Aufbau der Demokratie von unten nach oben.“

Ja, ich gebe zu: Entscheidungen dauern manchmal länger, als wir es uns wünschen. Und ja, nicht jedes Projekt ist perfekt. Aber unsere Entscheidungen entstehen auf Grundlage demokratischer Verfahren und eines respektvollen Miteinanders.

In Zeiten, in denen Freiheit, Menschenwürde und demokratische Institutionen offen infrage gestellt werden, ist dieses Miteinander besonders wertvoll.

Wir haben im Amberger Stadtrat gemeinsam gezeigt, dass Demokratie hier funktioniert – mit klarer Haltung, mit Überzeugung und mit gegenseitigem Respekt. Unsere Amberger Erklärung ist das beste Beispiel dafür.

Daraus wird sichtbar:

Wir brauchen keine Alternative zu unserer Demokratie.

Schlusswort – Letzte Haushaltsberatung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

dies ist die letzte Haushaltsberatung, die ich als Oberbürgermeister einbringe.

Zwölf Jahre lang haben wir Verantwortung übernommen, intensive Diskussionen geführt und Amberg gemeinsam weiterentwickelt. Wir haben Schulden reduziert, Rücklagen aufgebaut und dennoch zahlreiche Investitionen umgesetzt.

Das Ziel, die Stadt schuldenfrei zu übergeben, konnte ich nicht erreichen – weil wir die Mittel für Gesundheit und Bildung gebraucht haben. Und das war richtig so.

Wir haben gemeinsam viel geschaffen:

Von Kindertagesstätten über Ganztagsbetreuung, Infrastruktur bis hin zur Unterstützung unserer Vereine und Sportstätten,

Wir haben neue Baugebiete und Gewerbegebiete geschaffen, die Zusammenarbeit mit der Hochschule ausgebaut,

gemeinsame Strategien im Wirtschaftsraum mit unseren Nachbarn entwickelt.

Ich danke der Verwaltung, unserem Kämmerer und seinem Team, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem gesamten Stadtrat, den Bürgerinnen und Bürgern und unserer Wirtschaft für das Miteinander in all den Jahren bei der Erstellung der Haushalte.

Ich danke den Medien, auch wenn ich weiterhin der Meinung bin, dass die Berichterstattung noch ausbaufähig ist.

Wir hatten Zeiten, in denen wir über 40 Anträge diskutiert haben und Zeiten mit wenig Gestaltungsraum.

Der Haushalt 2026 bleibt ein Haushalt der Verantwortung und der Stabilität. Er zeigt, dass wir – trotz struktureller Belastungen – handlungsfähig sind und Verantwortung übernehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt uns einstimmig diesem Entwurf zuzustimmen.

In diesem Sinne bitte ich auch um Ihre Zustimmung zum vorgelegten Haushaltsentwurf

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.